

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 11.03.2014**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino

Herr Jung

Frau Niederfranke

Frau Osthus

Herr Weber

bis 18.45 Uhr

ab 17.10 Uhr

SPD

Herr Donath

Frau Schneider

Frau Schrader

Herr Wandersleb

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Frau Mann

Frau Dr. Ober

bis 19.15 Uhr

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Beratende Mitglieder

Frau Huber

Herr Vagt

Seniorenrat

BfB-Gruppe

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Geilhaar

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler  
 Beigeordnete Frau Ritschel  
 Frau Schulz

Herr Wörmann

Herr Dr. Schmid

Frau Dammann

Herr Metzger

Herr Puls

Frau Hanisch

Gäste

Herr Vincke

Herr Brodda

Herr Sever

Herr Radloff

Herr Onckels

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5

Dezernat 3

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Büro für Integrierte Sozialplanung  
 und Prävention

Gesundheits-, Veterinär- und  
 Lebensmittelüberwachungsamt

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Bauamt

Stab Dezernat 5

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Bethel.regional

Mieterbund OWL e. V.

Vorsitzender des

Integrationsrates

Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

AGW

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie verweist auf ein Schreiben des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) vom 30.01.2014 zum Thema: „Beschäftigungs-Räume“ – Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung für Empfänger von SGB XII-Leistungen, das als Tischvorlage verteilt wurde (**Anlage 1**). Der Tagesordnung wird die Anfrage der Fraktion Die Linke, Drucks.-Nr. 7049/2009-2014, hinzugefügt. Weitere Änderungen gibt es nicht.

**Zu Punkt 1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 21.01.2014****Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 21.01.2014 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2****Genehmigung der Niederschrift über die Sondersitzung (44. Sitzung) des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 05.02.2014**

Herr Dr. Schmitz bittet das Abstimmungsergebnis zu Punkt 7, Ziffer 3 wie folgt darzustellen:

- bei einer Zustimmung und fünf Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt -

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über die 44. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 05.02.2014 wird, unter Berücksichtigung der Änderung, nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 3      Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.1      Mietspiegel 2014**

Herr Metzger stellt die 19. Ausgabe des Bielefelder Mietspiegels 2014 vor und erläutert den geänderten Aufbau. In den letzten zwei Jahren sei eine geringe Mietsteigerung (3,1 %) zu verzeichnen, die noch unter der Inflationsrate und 6 % unter dem Bundesdurchschnitt liege. Aufgrund der geringen Steigerungsrate ergeben sich für Bielefeld keine Auswirkungen auf die KdU.

Fragen von Herrn Dr. Schmitz werden beantwortet.

---

**Zu Punkt 3.2      Besichtigung der Flüchtlingsunterkünfte**

Vorsitzende Frau Schrader berichtet über die bei der Besichtigung der Flüchtlingsunterkünfte gewonnenen Eindrücke und äußert ihr Bedauern darüber, dass zahlreiche SGA-Mitglieder nicht daran teilgenommen haben.

---

**Zu Punkt 4      Anfragen**

**Zu Punkt 4.1      Keimbelastung in den Krankenhäusern Bielefeld-Mitte und Rosenhöhe (Anfrage des fraktions- und gruppenlosen Mitgliedes Frau Geilhaar vom 19.02.2014)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7039/2009-2014

**Zu Punkt 4.1.1      Antwort des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes vom 26.02.2014**

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes.

Frau Geilhaar begründet ausführlich die Hintergründe ihrer Anfrage und bewertet die Antwort als nicht zufriedenstellend. Über seine Ausführungen hinaus bietet Herr Dr. Schmid Frau Geilhaar an, sich nochmal im persönlichen Gespräch auszutauschen. Beigeordnete Frau Ritschel teilt in diesem Zusammenhang mit, dass der Bereich „Überleitungsmanagement“ ein Schwerpunktthema der Kommunalen

Gesundheitskonferenz sei.

-.-.-

**Zu Punkt 4.2 Angemessene Kosten der Unterkunft (KdU) für Ein-Personen-Haushalte (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 04.03.2014)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7094/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- (**Anlage 2**).

Herr Dr. Schmitz bewertet die Antwort als enttäuschend. Trotz steigender Mieten und Preise würde die Stadt Bielefeld ihre KdU-Sätze nicht ändern. Nach seiner Auffassung gebe es nur noch die Möglichkeit den Klageweg zu beschreiten.

Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass die KdU-Sätze bei der Stadt Bielefeld nach einer differenzierten Produktmethode, unter Berücksichtigung vieler Besonderheiten, ermittelt wurden. Die Ausführungen von Herrn Dr. Schmitz könne er nicht nachvollziehen

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 5 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

**Zu Punkt 6 Wohnungsmarktbarometer 2014**

Herr Metzger verteilt einen Flyer mit den Ergebnissen des Bielefelder Wohnungsmarktbarometers 2014. Er erläuterte die Möglichkeiten und Grenzen am Bielefelder Wohnungsmarkt (**Anlage 3**). Zusammenfassend stellt er fest, dass es eine gute Investitionsneigung und eine große Nachfrage nach Mietwohnungen gebe. Eine Anspannung am Mietwohnungsmarkt sei erkennbar.

Fragen von Frau Geilhaar und Frau Mann werden beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 7 Frühförderung -Erfahrungsbericht-

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6242/2009-2014

Frau Hanisch erläutert die speziellen Aufgaben der Fachstelle Frühförderung im Vergleich zur allg. Frühförderung. Die Fachstelle diagnostiziere und entscheide ausschließlich über den Förderbedarf bei heilpädagogischen Leistungen gemäß SGB IX und SGB XII für Kinder im Vorschulalter, die behindert oder von Behinderung bedroht seien. In Bielefeld sei sichergestellt, dass jedes Kind dem individuellen Bedarf entsprechend mit Frühförderung versorgt werde. Die Einrichtung der Fachstelle habe nicht, zu einer Deckelung bzw. Reduzierung der Fallzahlen oder der befürworteten Fördereinheiten (FE) geführt. In Bielefeld sei die Bewilligung von bis zu 107 FE jährlich möglich (zum Vergleich: Kreis Lippe bewilligt max. 35 FE jährl., Erhöhung nur im Wege des Widerspruchs möglich). In diesem Zusammenhang verweist sie auf die statistischen Darstellungen in der Vorlage. Ein Austausch zwischen den Frühförderanbietern und der leistungsbewilligenden Stelle finde mehrmals jährlich im Rahmen eines Qualitätszirkels Frühförderung statt. Herr Vincke, als Trägervertreter, stellt die Arbeit der heilpädagogischen Frühförderung durch die Träger vor (**Anlage 4**).

Fragen von Frau Geilhaar, Frau Mann, Herrn Hood, Herrn Jung und Frau Schneider werden von Frau Hanisch und Herrn Vincke beantwortet. Herr Copertino, Frau Dr. Ober und Frau Schneider sprechen den Frühförderstellen eine hohe Anerkennung für ihre Arbeit aus. Frau Mann regt an, über die Ergebnisse auch den Jugendhilfeausschuss zu informieren.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 8 Kooperation mit dem Mieterbund

Frau Dammann erläutert die Hintergründe der abgeschlossenen Kooperation mit dem Mieterbund OWL e. V. Leistungsempfängerinnen und

–empfänger würden auf Empfehlung des Jobcenters Arbeitplus und des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- für eine Beratung durch den Mieterbund vorgeschlagen.

Herr Brodda informiert über das Aufgabenfeld des Mieterbundes, den Inhalt und das bisher erzielte Ergebnis der Kooperation mit der Stadt Bielefeld (**Anlage 5**). Er macht deutlich, dass mit dieser Kooperation keine Gewinne vom Mieterbund erzielt würden, sondern dass sie vor dem Hintergrund des sozialen Engagements in diesem Bereich abgeschlossen worden sei.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Ober weisen die Berichterstatter darauf hin, dass diese Kooperation den Beratungsschein für Anwälte nicht ersetze. Sie sei eher als zusätzliches niedrigschwelliges Angebot einzustufen.

-.-

**Zu Punkt 9****Runder Tisch zur "Unterbringung" von Flüchtlingen  
(Beschluss des Integrationsrates vom 29.01.2014)**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6864/2009-2014/1

Herr Sever begründet den Antrag des Integrationsrates.  
Frau Schulz teilt mit, dass ein Flüchtlingskonzept bei der Stadt Bielefeld bestehe und Teil dieses Konzeptes auch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe sei. Dadurch solle ein ständiger Austausch mit den in der Flüchtlingsarbeit aktiven Akteuren garantiert werden. Eine erneute Beschlussfassung über die Installation eines solchen Gremiums in Form eines „Runden Tisches“ erübrige sich deshalb. Aufgrund der Hoheitlichkeit der Aufgabe sei die Forderung nach der Leitung durch eine angesehene, unabhängige Bielefelder Persönlichkeit nicht möglich.  
Beigeordneter Herr Kähler schlägt vor, das bestehende Konzept unter Berücksichtigung der hoheitlichen Aufgabenerledigung daraufhin zu überprüfen, ob die möglichen Forderungen berücksichtigt seien. Sollte das nicht der Fall sein, könnte das Konzept entsprechend ergänzt werden.

Nach Vorschlägen von Vorsitzender Frau Schrader, Herrn Weber, Frau Schneider, Herrn Wandersleb, Frau Dr. Ober und Beigeordnetem Herrn Kähler einigen sich die Anwesenden darauf, dass die Verwaltung das Flüchtlingskonzept im Integrationsrat vorstellt und die Überschneidungen und Abweichungen des Antrages aufzeigt. Der SGA wird in seiner Sitzung am 08.04.2014 über das Ergebnis informiert.

Eine Beschlussfassung zu dem Antrag erfolgt nicht.

-.-

**Zu Punkt 10****Arbeitsmarktberichterstattung für den Bereich  
Sozialgesetzbuch II -Quartalsbericht-**

Herr Radloff berichtet zur Situation des Arbeitsmarktes und den Aktivitäten des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld und verweist auf den mit der Einladung versandten Quartalsbericht.  
Fragen von Frau Dr. Ober werden von ihm beantwortet.

Herr Radloff informiert über die Haushalts- und Budgetentwicklung im Jobcenter Arbeitplus Bielefeld (**Anlage 6**).

Herr Hood bewertet das Verhältnis von Eingliederungstitel und Verwaltungskosten als erschreckend. Herr Radloff weist darauf hin, dass es in jedem Jobcenter in Nordrhein-Westfalen Umschichtungsbeträge gebe. Zur Erreichung der kommunalen Zielvereinbarungen sei ein

bestimmtes Personalkontingent notwendig.  
Beigeordneter Herr Kähler erinnert an die Entstehung der SGB  
II-Leistungen. Dass heute mehr Geld für die Verwaltung, als für die  
Eingliederung der Leistungsempfängerinnen und -empfänger eingesetzt  
werde mache den erheblichen Handlungsbedarf deutlich, für den  
allerdings nicht die Geschäftsführung des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld  
verantwortlich gemacht werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 11 Initiative gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7012/2009-2014

Herr Wörmann erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Er weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss der Beschlussvorlage bereits einstimmig zugestimmt habe.

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

**Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt und unterstützt geeignete Initiativen zur Minimierung des Alkoholkonsums bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, wie z. B.:**

- **Beachtung und Kontrolle des Jugendschutzgesetzes**
- **Alternative, attraktive und günstige alkoholfreie Angebote bei Stadtfesten, regelmäßigen Diskothekenveranstaltungen, Sportwerbewochen u. a. Veranstaltungen**
- **offensivere Bewerbung alkoholfreier Getränke bei öffentlichen Veranstaltungen in der Stadt.**
- **Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Verhaltensänderung hinsichtlich des Umgangs mit Alkohol bei Jugendlichen und Erwachsenen**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen  
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

---

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Schrader

---

Krumme

(Vorsitzende)

(Schriftführerin)